



**Gemeinsame
Obere Luftfahrtbehörde
Berlin-Brandenburg**

Änderungsplanfeststellungsbeschluss

**„Unwesentliche Planänderung -
Flurstück 492, Flur 1, Gemarkung Waltersdorf“**

33. Änderung des Planfeststellungsbeschlusses

„Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“

vom 13. August 2004

in der Fassung der 32. Änderung vom 27.01.2020

vom 15. Juli 2020

Gesch.-Z.: 41-5/01/30/114

Inhaltsverzeichnis

A	Verfügung.....	5
I	Feststellung des Plans	5
II	Nebenbestimmungen.....	5
III	Kostenentscheidung.....	5
B	Sachverhalt	6
I	Zur Planfeststellung beantragte Vorhaben	6
II	Planfeststellungsverfahren	6
1	Antrag und Antragsunterlagen	6
2	Antragsbegründung.....	6
3	Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange und sonstiger Stellen	7
4	Stellungnahmen	7
C	Entscheidungsgründe.....	8
I	Verfahrensrechtliche Bewertung.....	8
1	Planänderung von unwesentlicher Bedeutung nach § 76 Abs. 3 VwVfG.....	8
2	Umfang der Planfeststellung	9
3	Umweltverträglichkeitsprüfung	9
II	Materiell-rechtliche Würdigung	9
1	Entscheidungsreife.....	9
2	Planrechtfertigung	10
3	Private Belange	10
4	Verhältnismäßigkeit.....	10
D	Abschließende Gesamtbetrachtung.....	12
E	Hinweis zur sofortigen Vollziehung	13
F	Kostenentscheidung	14
G	Rechtsbehelfsbelehrung.....	15

A Verfügung

Der Planfeststellungsbeschluss „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ vom 13. August 2004 in der Fassung des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses vom 27.01.2020 wird durch diesen Beschluss wie folgt geändert, ergänzt bzw. neu gefasst.

I Feststellung des Plans

Es wird festgestellt, dass im Grunderwerbsplan G-103.9-A3 sowie im Grunderwerbsverzeichnis Seite 47-D1 (GE-Nr. 01039.9925) das Flurstück 492, Flur 1, Gemarkung Waltersdorf mit einer Größe von 388 m² entgegen der Bebilderung keine „zu erwerbende Fläche“, sondern eine „dauernd zu beschränkende Fläche“ ist.

II Nebenbestimmungen

Die verfügbaren Regelungen und Festsetzungen des Planfeststellungsbeschlusses „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ in der Fassung der letzten Änderung gelten auch für diesen Änderungsplanfeststellungsbeschluss. Ergänzend wird für diesen Planänderungsbescheid folgendes geregelt und festgesetzt:

Die Änderung der Planunterlagen für den Grunderwerbsplan G-103.9-A3 sowie das Grunderwerbsverzeichnis Seite 47-D1 (GE-Nr. 01039.9925) zum Flurstück 492, Flur 1, Gemarkung Waltersdorf ist einem Planergänzungsverfahren vorbehalten. Die FBB hat bis zum 30.06.2021 alle für die Planergänzung erforderlichen Unterlagen vorzulegen und ein entsprechendes Planergänzungsverfahren zu beantragen.

III Kostenentscheidung

Die Antragstellerin trägt die Kosten des Planänderungsverfahrens. Die Kosten werden durch gesonderten Bescheid festgesetzt.

B Sachverhalt

Antragstellerin für das Änderungsvorhaben ist die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB). Sie ist zugleich Trägerin des Vorhabens. Die Flughafengesellschaft hat zur Durchführung der oben angegebenen Maßnahmen mit Schreiben vom 25.02.2020 und mit E-Mail vom 04.06.2020 einen Planänderungsantrag bei der Planfeststellungsbehörde gestellt.

I Zur Planfeststellung beantragte Vorhaben

Der Planänderungsantrag umfasst folgende Vorhaben:

Die FBB hat im Rahmen der Bearbeitung und Umsetzung der im Planfeststellungsbeschluss „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ festgesetzten Kompensationsmaßnahmen ein Anpassungserfordernis des planfestgestellten Zustandes hinsichtlich der Art und Weise der Sicherung einer Inanspruchnahme eines außerhalb des Flughafengeländes liegenden Grundstücks festgestellt.

Von der geänderten Inanspruchnahme ist die folgende Fläche betroffen:

- Flurstück 492, Flur 1, Gemarkung Waltersdorf

II Planfeststellungsverfahren

1 Antrag und Antragsunterlagen

Unter dem 25.02.2020 und 04.06.2020 stellte die FBB den Antrag, den Planfeststellungsbeschluss „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ zu ändern.

Der Planänderungsantrag enthält folgende Unterlagen zur Information:

- Detail-Kartenausschnitt Grunderwerbsplan G-103.9-A3
- Zustimmungserklärungen der sechs Eigentümer und nach Eigentumsübertragung Zustimmungserklärungen der zwei neuen Eigentümer

2 Antragsbegründung

Die FBB begründet Ihren Antrag im Wesentlichen wie folgt:

Auf dem vorgenannten Grundstück sind ausweislich des Grunderwerbsplans G-103.9-A3 sowie des Grunderwerbsverzeichnisses Seite 47-D1 (GE-Nr. 01039.9925) 591 m² als dauernd zu beschränkende Fläche und weitere 388 m² als zu erwerbende Fläche mit dem Zweck Straße planfestgestellt.

Für dieses Grundstück bedarf es tatsächlich keiner Festsetzung als Erwerbsfläche mehr, da die Fläche nicht mehr dem Zweck Straße, sondern dem Zweck Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmenfläche dient. Für die auf diesem Grundstück liegende planfestgestellte Kompensationsmaßnahme LF 112-3 ist grundsätzlich eine Sicherung im Wege einer dauernden Beschränkung der Fläche erforderlich, aber auch ausreichend. Die bisher als zu erwerbende Fläche ausgewiesenen 388 m² des betroffenen Grundstücks sind daher, ebenso wie die bereits planfestgestellten übrigen 591 m², in eine dauernd zu beschränkende Fläche umzuwandeln.

3 Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange und sonstiger Stellen

Die Planfeststellungsbehörde hat den Landesbetrieb Straßenwesen als Trägern öffentlicher Belange mit E-Mail vom 09.04.2020 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

4 Stellungnahmen

Folgende Träger öffentlicher Belange und sonstiger Stellen haben eine Stellungnahme abgegeben:

- Landesbetrieb Straßenwesen

Die Stellungnahme wurden der FBB mit Schreiben vom 24.04.2020 übersandt. Diese erhielt Gelegenheit, auf die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und sonstiger Stellen zu erwidern.

Wesentlicher Inhalt der auf Grundlage der versandten Antragsunterlagen abgegeben Stellungnahme war folgender:

Der Landesbetrieb Straßenwesen hat keine Bedenken gegen die Planänderung, da er seine Belange als nicht berührt ansieht.

C Entscheidungsgründe

Dem Antrag der FBB auf Änderung des Planfeststellungsbeschlusses konnte - eingeschränkt durch die verfügte Nebenbestimmung - unter Abwägung aller für und gegen das Vorhaben sprechenden Belange stattgegeben werden. Der Planfeststellungsbeschluss „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ vom 13. August 2004 in der Fassung des 32. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses „Änderung Plan der baulichen Anlagen SXF Nord mit landseitiger Verkehrserschließung und Sonstige Flughafeneinrichtungsfläche SF 7“ vom 27. Januar 2020 wird in dem aus dem Tenor dieses Beschlusses ersichtlichen Umfang geändert.

Für diesen Planfeststellungsbeschluss ist die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) als Planfeststellungsbehörde sachlich und örtlich zuständig. Dies ergibt sich aus § 76 Abs. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) i. V. m. § 1 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg (VwVfGBbg), § 10 Abs. 1 Luftverkehrsgesetz (LuftVG), § 2 Abs. 1 der Luftfahrt- und Luftsicherheitszuständigkeitsverordnung (LuFaLuSiZV).

I Verfahrensrechtliche Bewertung

Das Änderungsvorhaben stellt eine unwesentliche Planänderung i. S. v. § 76 VwVfG dar. Es war ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen, dieses konnte jedoch aufgrund entsprechender Überzeugung, die sich die zuständige Behörde über das Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen im Einzelfall verschafft hat als vereinfachtes Verfahren nach § 76 Abs. 2 VwVfG geführt werden.

1 Planänderung von unwesentlicher Bedeutung nach § 76 Abs. 3 VwVfG

Der auf § 8 Abs. 1 LuftVG i. V. m. § 76 Abs. 2 VwVfG fußende Planänderungsantrag der FBB richtet sich auf eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ vom 13. August 2004 in seiner aktuellen Fassung und dies vor Fertigstellung des Vorhabens.

Mit dem vorliegenden Antrag begehrt die Vorhabenträgerin eine Änderung der Zweckbestimmung, die für eine im Einzelnen im Planfeststellungsbeschluss bestimmte Maßnahmenfläche im Plan festgestellt ist. Der Antrag betrifft nicht den Zuschnitt dieser Maßnahmenfläche. Die beschriebene Anpassung führt vorliegend zu keiner Änderung der planfestgestellten Flughafenanlage oder Kompensationsmaßnahmen; die Identität des bereits zugelassenen Vorhabens bleibt offenkundig gewahrt, so dass die Voraussetzungen einer unwesentlichen Planänderung vorliegen.

Die Eigentümer des Grundstücks haben ausweislich der als Anlage beigefügten Zustimmungserklärungen der Änderung zugestimmt. Das von der FBB gewählte Vorgehen trägt mithin dem ausdrücklichen Wunsch der Eigentümer Rechnung. Weitere Dritte sind nicht betroffen. Insoweit kann ausgeschlossen werden, dass Rechte Dritter durch die Änderung beeinträchtigt werden. Es werden keine öffentlichen Belange berührt.

Entsprechend hat die Planfeststellungsbehörde ein vereinfachtes Planänderungsverfahren gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG durchgeführt. § 76 VwVfG ist anwendbar, da sich das Vorhaben „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ in der Phase vor Fertigstellung befindet. Für unwesentliche Planänderungen eröffnet § 76 Abs. 2 und 3 VwVfG die Möglichkeit einer Änderung des Planes in vereinfachten Verfahren, indem das Planfeststellungsverfahren ohne Anhörungsverfahren und ohne öffentliche Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses (§ 76 Abs. 3 VwVfG) durchgeführt wird. Bleibt, wie hier, das Plangefüge anlässlich der begehrten Änderung in seinen Grundzügen unberührt, kann anlässlich des diesbezüglichen Verfahrens auf eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit oder der Träger öffentlicher Belange oder weiterer Drittbetroffener verzichtet werden (BVerwG Urteil vom 20.10.1989 Az.: 4 C 12/87).

2 Umfang der Planfeststellung

Gemäß § 9 LuftVG ersetzt die luftrechtliche Planfeststellung alle nach anderen Rechtsvorschriften notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Zustimmungen.

Durch die Planfeststellung wird die Zulässigkeit des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt und es werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen der Trägerin des Vorhabens und den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt (§ 75 VwVG).

Der Änderungsplanfeststellungsbeschluss geht in den Planfeststellungsbeschluss ein und es entsteht ein einziger, einheitlicher Planfeststellungsbeschluss in der Gestalt, die er durch den Änderungsplanfeststellungsbeschluss erhält (BVerwG, Urteil vom 23.01.1981, Az.: 4 C 68/78).

3 Umweltverträglichkeitsprüfung

Die hier beantragte Planänderung selbst erreicht keine Größen- und Schwellenwerte der in der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) aufgeführten Vorhaben. Weder ist ein Fall der Nr. 14.12 der Anlage 1 zum UVPG gegeben, noch entsprechen die Änderungen einem anderen der in der Anlage 1 zum UVPG genannten Vorhaben. Insofern ergibt sich aus § 9 Abs. 1 UVPG keine UVP-Pflicht.

§ 9 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 2 UVPG ordnet eine Vorprüfung an, wenn ein bereits UVP-pflichtiges Vorhaben geändert oder erweitert werden soll. Die Planfeststellungsbehörde hat gem. § 9 Abs. 4 i. V. m. § 7 Abs. 4 UVPG überschlägig geprüft, ob nach den in der Anlage 2 zum UVPG genannten Kriterien die Planänderung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann.

Im Ergebnis der Vorprüfung ist wegen der Realisierung des geänderten Vorhabens mit keinen zusätzlichen erheblichen nachteiligen oder andere erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen für die Schutzgüter gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 UVPG zu rechnen. Diese Entscheidung hat die Planfeststellungsbehörde am 07.04.2020 getroffen und am 29.04.2020 im Amtsblatt Brandenburg veröffentlicht.

Auch bei einer Zusammenschau der beantragten neuen und früheren Planänderungen und Anzeigen zur Änderung oder Erweiterung des Flughafens treten keine zusätzlichen oder anderen Umweltauswirkungen auf, die auch unter Berücksichtigung der geprüften Auswirkungen des Grundvorhabens (Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld) als erheblich im Sinne des § 7 Abs. 5 UVPG anzusehen sind und eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) notwendig machen. Die Durchführung einer förmlichen UVP spricht keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn und wird im vorliegenden Fall für entbehrlich gehalten.

II Materiell-rechtliche Würdigung

Dem Antrag auf Planänderung war zu folgen und die entsprechende Planänderung zu beschließen, weil sich das Änderungsvorhaben nach Abwägung der von dem Änderungsvorhaben berührten Belange als zulässig und auch als im Plan gerechtfertigt erweist.

1 Entscheidungsreife

Die Planunterlagen, die eingegangenen Stellungnahmen und die sonstigen nachgereichten Unterlagen haben der Planfeststellungsbehörde eingehende und umfassende Kenntnisse über die möglichen Auswirkungen des Änderungsvorhabens vermittelt. Dies versetzte die Planfeststellungsbehörde in die Lage, über den Planänderungsantrag zu entscheiden. Weitere Stellungnahmen, Untersuchungen oder Gutachten waren angesichts des erreichten Sachstandes nicht erforderlich.

2 Planrechtfertigung

Eine Flugplatzplanung wie die vorliegende ist gerechtfertigt, wenn für das beabsichtigte Vorhaben gemessen an den Zielsetzungen des jeweiligen Fachplanungsgesetzes Bedarf besteht und die geplante Maßnahme erforderlich ist. Das ist nicht erst bei Unausweichlichkeit des Vorhabens der Fall, sondern wenn es vernünftigerweise geboten ist" (BVerwG NVwZ 2018, 332 Rn. 17; BeckRS 2010, 46648; NVwZ-Beilage I 8/2006, 1 Rn. 182, Huck/Müller/Huck, 3. Aufl. 2020 Rn. 14, VwVfG § 74 Rn. 14). Die Planrechtfertigung ist also ein ungeschriebenes Erfordernis jeder Fachplanung und eine Ausprägung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns, das mit Eingriffen in private Rechte verbunden ist.

Der ursprünglich festgestellte Plan wird durch den hier im vereinfachten Verfahren ergangenen Änderungsplanfeststellungsbeschluss geändert. Der Änderungsplanfeststellungsbeschluss geht in den ursprünglichen Planfeststellungsbeschluss ein. Es entsteht ein einheitlicher Plan in der Gestalt, die er durch den Änderungsbeschluss erhalten hat. Beide Entscheidungen zusammen bilden eine einheitliche Planfeststellung. Die Planrechtfertigung muss jetzt für das geänderte Vorhaben gegeben sein.

Die begehrte Planänderung folgt aus dem ausdrücklichen Wunsch der betroffenen Eigentümer, für ihr Grundstück, das überplant ist und auch bleibt, zu klären, welchen Inhalts diese Planung nach aktueller Lage ist und insbesondere die Maßnahmenfläche korrekt zu benennen. Dieser Wunsch nach Klarstellung der Festlegung zum Plan wird von der FBB geteilt. Es ist bereits unmittelbar evident, eine Fachplanung nachweisen zu können, die der Tatsachenlage entspricht. Das gilt insbesondere dann, wenn sich - wie hier - bei Umsetzung des bisherigen Plans eine Änderung des Flächenbedarfs hin zu einem „Weniger“ ergeben hat. Einer Klarstellung, die eine vorherige fachplanerische Belastung zu Gunsten eines Einzelnen aufhebt und diese Belastung durch eine andere, letztlich dem Bedarf der Allgemeinheit zugeneigten Fachplanung ersetzt, ist regelmäßig im Plan gerechtfertigt; es gibt im Übrigen keinen Rechtssatz, nach dem eine Planänderung nur dann gerechtfertigt ist, wenn diese die ursprüngliche Planlage restlos aufhebt.

3 Private Belange

Die Eigentümer des Grundstücks haben ausweislich der Zustimmungserklärungen der Änderung zugestimmt. Das von der FBB gewählte Vorgehen trägt mithin dem ausdrücklichen Wunsch der Eigentümer Rechnung. Andere Drittbetroffenheiten sind nicht erkennbar. Insoweit kann ausgeschlossen werden, das Rechte Dritter durch die Änderung beeinträchtigt werden.

4 Verhältnismäßigkeit

Die Planänderung ist in der vorliegenden Form verhältnismäßig. Der Maßnahmenfläche wird mit der hier beschlossenen Planänderung vermittelt, dass diese nicht mehr der FBB zum Erwerb zur Verfügung steht, was die Fläche de facto öffentlichen Interessen entzogen und sie allein FBB zur Verfügung stellte. Stattdessen wird die Fläche von direktem und ausschließlichen Zugriff Dritter in Richtung auf einen „Normalstatus“ freigestellt und kann von der FBB nun „nur noch“ zur Anpflanzung von Gehölzen und Krautsäumen, also für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Sinne des Naturschutzrechtes genutzt werden.

Insoweit ist zu beachten, dass Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wegen der enteignungsrechtlichen Vorwirkung dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen müssen. Wird für eine Ausgleichs- und/oder Ersatzmaßnahme auf privates Grundeigentum zurückgegriffen, muss dies das mildeste Mittel zur Erfüllung der naturschutzrechtlichen Ausgleichsverpflichtung darstellen. Daran fehlt es, sofern Kompensationsmaßnahmen - insbesondere Ersatzmaßnahmen - im Rahmen der naturschutzfachlichen Gesamtkonzeption (vergleichbaren) Erfolg versprechen, bei der Gesamtschau aber den Vorteil bieten, dass den dort Betroffenen geringere Opfer abverlangt werden (BVerwG, Urteil vom 18.03.2009, Az.: 9 A 40.07 - juris).

Diese Lage besteht hier jedoch nicht. Die vorliegende Planänderung ist bereits keine Änderung der betroffenen Fläche, sondern es ändert sich nur die Zweckbestimmung. Zudem ist die nun geltende Zweckbestimmung jedenfalls insoweit drittentlastend, als die Fläche nun ausdrücklich Zwecken des Naturschutzes dienen wird, was zwar die private Nutzbarkeit der Fläche begrenzt, aber von der früheren Zweckbestimmung her ein geringeres Opfer abverlangt: Statt der alleinigen Verfügung durch die FBB ist die Fläche nun Zwecken des Allgemeinwohls (naturschutzfachliche Ausgleichs- und Ersatzfläche) zur Verfügung gestellt.

Unter Berücksichtigung dieses Aspekts war es angezeigt, im Sinne des Antrags der Vorhabenträgerin zur Umwandlung der zu erwerbenden Fläche in eine dauerhaft zu beschränkenden Fläche zu entscheiden und dies im Übrigen auch kurzfristig zu tun.

Daher war es auch verhältnismäßig die Nachführung der planerischen Darstellung zu einem späteren Zeitpunkt - genauer 30.06.2021 - zu gestatten. Die Vorhabenträgerin konnte überzeugend vortragen, dass der betroffene Grunderwerbsplan nebst Grunderwerbsverzeichnis nicht ohne erheblichen Zeit- und Kostenaufwand angepasst werden kann. So führte sie aus, dass die Fahnen im betroffenen GE-Plan G-103.9-A3 aus dem 28. Planänderungsbeschluss nicht mehr als „rot-gelb-Darstellung“, sondern als resultierender Plan („grau-Darstellung“) bezogen auf die im 28. Planänderungsbeschluss beantragten Fahnen darzustellen sind, was sehr zeitaufwendig ist. Das Vorgehen in zwei Stufen - 1. die Änderung des Zwecks und der Eingriffsintensität und erst im 2. Schritt die zeichnerische Nachführung bis zum 30.06.2021 - ist geeignet um die enteignungsrechtliche Vorwirkung auf das Mindestmaß zu reduzieren.

D Abschließende Gesamtbetrachtung

Dem Antrag der FBB war mit den sich aus dem verfügenden Teil ergebenden Einschränkungen stattzugeben.

Die Planfeststellungsbehörde hat im Rahmen des Planänderungsverfahrens nicht nur jeden einzelnen der berührten Belange gegen das Interesse an dem Änderungsvorhaben abgewogen, sondern auch eine Abwägung aller gegen das Vorhaben sprechenden Belange in ihrer Gesamtheit gegen das Interesse am Änderungsvorhaben vorgenommen.

Im Rahmen der Gesamtabwägung war hier zu berücksichtigen, dass Gegenstand des vereinfachten Planfeststellungsverfahrens nicht die erstmalige Anlegung eines Flughafens war, sondern das Ausbauvorhaben Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld bereits planfestgestellt ist, und weiterhin, dass das Änderungsvorhaben mangels Veränderungen an den Start- und Landebahnen oder Erhöhung der Zahl an Standplätzen oder Rollbahnkapazitäten zu keiner Kapazitätserhöhung führt.

Die Planfeststellungsbehörde ist zu der Überzeugung gelangt, dass durch das Änderungsvorhaben weder öffentliche noch private Belange in einer solchen Art und Weise beeinträchtigt werden, dass das Interesse an der Umsetzung des Änderungsvorhabens insgesamt zurücktreten müsste. Bei Gesamtbetrachtung der in den einzelnen Kapiteln dargelegten Entscheidungsgründe kommt den mit dem Änderungsvorhaben verfolgten Zielen gegenüber den entgegenstehenden übrigen öffentlichen und privaten Belangen das größere Gewicht zu. Den gegen das Änderungsvorhaben sprechenden öffentlichen und privaten Belangen wird durch Auflagen ausreichend Rechnung getragen.

E Hinweis zur sofortigen Vollziehung

Dieser Planfeststellungsbeschluss betrifft die Änderung eines Flughafens. Ein solcher Beschluss ist bereits per Gesetz sofort vollziehbar, denn eine Anfechtungsklage gegen diesen Beschluss hätte gem. § 10 Abs. 4 Satz 1 LuftVG keine aufschiebende Wirkung.

F Kostenentscheidung

Die FBB hat als Trägerin des Vorhabens gemäß §§ 1 und 14 Verwaltungskostengesetz (VwKostG) die Kosten des Planfeststellungsverfahrens zu tragen.

Die Entscheidung ist nach §§ 2 und 3 VwKostG, §§ 1 und 2 Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV) i. V. m. Abschnitt V Nr. 9a Anlage Gebührenverzeichnisses zur LuftKostV gebührenpflichtig.

Die in diesem Verfahren entstandenen Auslagen sind gemäß § 10 VwKostG i. V. m. § 3 LuftKostV von der FBB als Trägerin des Vorhabens zu erstatten.

Die Höhe der Gebühr und die zu erstattenden Auslagen werden gesondert festgesetzt.

Die den beteiligten Behörden erwachsenen Kosten sind nicht erstattungsfähig.

G Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Hardenbergstraße 31, 10623 Berlin, schriftlich oder in elektronischer Form mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Sinne des Signaturgesetzes auf dem unter www.berlin.de/erv veröffentlichten Kommunikationsweg Klage erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten.

Die zur Begründung der Klage dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Nach § 10 Abs. 5 LuftVG hat der Kläger innerhalb einer Frist von sechs Wochen die zur Begründung seiner Klage dienenden Tatsachen und Beweismittel anzugeben. Das Gericht kann Erklärungen und Beweismittel, die erst nach Ablauf dieser Frist vorgebracht werden, zurückweisen und ohne weitere Ermittlungen entscheiden, wenn ihre Zulassung nach der freien Überzeugung des Gerichts die Erledigung des Rechtsstreits verzögern würde und der Beteiligte die Verspätung nicht genügend entschuldigt.

Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Nach § 67 Abs. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) muss sich vor dem Oberverwaltungsgericht jeder Beteiligte, außer im Prozesskostenhilfverfahren, durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Dies gilt auch für Prozesshandlungen, durch die ein Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht eingeleitet wird. Als Bevollmächtigte sind nur Rechtsanwälte oder Rechtslehrer an einer deutschen Hochschule im Sinne des Hochschulrahmengesetzes mit Befähigung zum Richteramt zugelassen. Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich durch eigene Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt oder durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt anderer Behörden oder juristischer Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen. Vor dem Oberverwaltungsgericht sind auch die in § 67 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 bis 7 VwGO bezeichneten Personen und Organisationen als Bevollmächtigte zugelassen.

Gem. § 10 Abs. 4 LuftVG hat die Klage keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann beim OVG Berlin-Brandenburg nur innerhalb eines Monats nach Zustellung des Planfeststellungsbeschlusses gestellt und begründet werden. § 58 VwGO gilt entsprechend.

Treten später Tatsachen ein, die die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch den Planfeststellungsbeschluss oder die Plangenehmigung Beschwerte einen hierauf gestützten Antrag nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO innerhalb von einem Monat stellen. Die Frist beginnt in dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerte von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

Schönefeld, den 15. Juli 2020

Im Auftrag

Diekmann

